LUXEMBURGS STEINIGER WEG ZUR DIREKTEN DEMOKRATIE

Wie eine Reformkoalition mit dem eigenen Anspruch der demokratischen Erneuerung hadert und eine umfassende Demokratiereform bereits im Ansatz zu scheitern droht.

TEXT **CHRISTOPH BUMB**

Den meisten Politiker/innen blieb am Sonntagabend des 7. Juni der Mund offen stehen. Mit überwältigender Mehrheit hatten sich die Luxemburger/innen gegen die drei von der Regierung zum konsultativen Referendum gestellten Fragen ausgesprochen: 81 Prozent gegen die Herabsetzung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre, 78 Prozent gegen die Einführung des Wahlrechts für Ausländer/innen und knapp 70 Prozent gegen eine zeitliche Begrenzung der Ministermandate auf zehn Jahre. Und das bei einer Wahlbeteiligung von nahezu 90 Prozent.

Die Volksbefragung sollte eigentlich der Startschuss für eine demokratisch-partizipativ organisierte grundlegende Verfassungsreform sein. Nachdem ihre Reformprojekte jedoch derart deutlich abgelehnt wurden, hegen jetzt selbst die Initiator/innen dieses direktdemokratischen Experiments Zweifel an ihrer Vorgehensweise. Die Kritik fußt letztlich auf dem Vorwurf, die Regierung habe das Referendum parteipolitisch instrumentalisiert. Der Urnengang war nämlich ursprünglich keine demokratische Überzeugungstat, sondern vielmehr nüchterner Ausdruck der Tatsache, dass die Koalition über keine Verfassungsmehrheit verfügt und auf diesem Wege die Opposition zu einer Zustimmung, vor allem in der kontroversen Frage des Ausländerwahlrechts, bewegen wollte.

Gut gemeint und schlecht gemacht?

Die aktuelle Koalition aus Liberalen, Sozialdemokrat/innen und Grünen war 2013 angetreten, das Land von Grund auf zu modernisieren. Sie beendete die mehr als 18 Jahre währende Ära des konservativen Premiers Jean-Claude Juncker und versprach ein gesellschaftspolitisches Reformprogramm mit dem Kern einer „demokratischen Erneuerung“. Das Referendum am 7. Juni sollte der erste Akt dieser Erneuerung sein. Hätten die Bürger/innen die drei Vorschläge positiv beantwortet, hätten diese Eingang in das neue Grundgesetz gefunden.

Kritisiert wurde nicht nur das taktische Vorgehen der Koalition, sondern auch der improvisierte, ja halbherzige Charakter der Referendumskampagne. Eigentlich stellte die Regierung nämlich eine breite Debatte in Aussicht, inklusive partizipativer Bürgerforen. Davon nahm sie im Laufe der Kampagne aber schnell wieder Abstand. Letztlich entbrannte in Luxemburg, das erst vier Referenden erlebt hatte, eher eine gewöhnliche parteipolitische Schlammschlacht als eine inhaltlich fruchtbare Debatte.

Neben den Wahlrechtsreformen wollte die Koalition die Einführung einer Volksinitiative voranbringen. 2003 lag hierzu schon ein fertiger Gesetzentwurf vor, die dazu notwendige Verfassungsreform blieb allerdings aus. Der Entwurf für eine neue Verfassung enthält jetzt diese „initiative citoyenne“. Die Details sollen in einem neuen Gesetz folgen. Geht es nach den Parteien, bräuchte eine Volksinitiative mindestens 10.000 Unterschriften, damit ihr Vorschlag ins Parlament kommt. Um eine Volksabstimmung durchzusetzen, ist im 550.000-Einwohnerstaat Luxemburg derzeit ein Quorum von 25.000 Unterschriften im Gespräch. Alle großen Parteien tragen die Initiative und auch aus der Zivilgesellschaft gibt es verhaltenes Lob für die Regierung.

Schock und Ernüchterung

Seit dem politischen Schock des überwältigenden dreifachen Nein vom 7. Juni droht die Demokratiereform aber ins Stocken zu geraten. In der gesamten politischen Klasse ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Vorwürfe, wonach dieses Referendum den Populismus und die Spaltung des Volkes geradezu heraufbeschwört habe, nehmen zu. Und die innenpolitisch ohnehin angeschlagene Mitte-Links-Koalition wird sich in Zukunft wohl drei Mal überlegen, bevor sie freiwillig wieder mit ihren Überzeugungen vor die Wähler/innen tritt.

Die gleiche Koalition will aber an ihrem Anspruch der demokratischen Erneuerung festhalten. Man sei dieses Mal beim Volk zwar komplett durchgefallen, sagte der liberale Premierminister Xavier Bettel in einer ersten Reaktion. Gleichzeitig sei er aber davon überzeugt, dass es im Volk eine Nachfrage nach direkter Teilhabe gebe, der die Koalition Rechnung tragen wolle. Bisher beschränkt sich die Begeisterung der Parteien für die direkte Demokratie allerdings auf die auch in Luxemburg umstrittene Form des konsultativen Referendums. Volksentscheide sind für die nahe Zukunft nicht vorgesehen – mit einer Ausnahme: Am Ende der großen Verfassungsreform (voraussichtlich 2017) soll ein zweites Referendum stehen, dieses Mal über den gesamten Text. Dieser Urnengang ersetzt dann die sonst verfassungsmäßig verpflichtende zweite Abstimmung im Parlament und wird damit in jedem Fall politisch und rechtlich bindend sein. /

Christoph Bumb
Politik-Redakteur der Tageszeitung „Luxemburger Wort“.